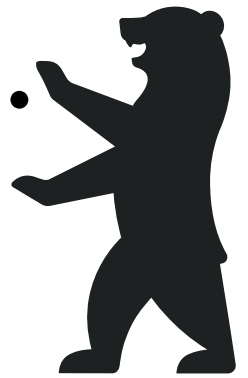


DAS BESTE FÜR BERLIN. MACHEN.



Sofortprogramm des Berliner Senats.

Anpacken. Für Berlin.

Der Senat aus CDU und SPD ist mit dem Anspruch angetreten, Bewährtes zu bewahren und gleichzeitig mutig Neues zu wagen. Die Berlinerinnen und Berliner haben den Anspruch auf eine Landesregierung, die anpackt und hart dafür arbeitet, dass Berlin jeden Tag ein Stück besser funktioniert.

Dafür hat sich der Senat bei seiner Klausurtagung am 10. und 11. Juni 2023 in Templin ein Sofortprogramm gegeben, das für alle Arbeitsbereiche die ersten Schritte zusammenträgt, die jetzt unmittelbar angegangen werden. Dieses Sofortprogramm ist geprägt von Vernunft und pragmatischen Lösungen. Dieses Sofortprogramm spiegelt das gute Miteinander im Senat wider. Dieses Sofortprogramm stellt die Weichen für die weitere Arbeit des Senats.

Es geht im Sofortprogramm um die volle Unterstützung der Sicherheitskräfte unserer Stadt. Gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, ein konsequenter Rechtsstaat und eine handlungsfähige Justiz machen Berlin sicherer. Es geht um eine starke Wirtschaft, die Gründerinnen und Gründer anzieht und damit die Zukunft unserer Stadt sicherstellt. Es geht um gute Arbeit und mehr Ausbildungsplätze, die Chancen für ein gutes Leben bieten. Es geht um wichtige Schritte hin auf dem Weg zu verlässlichem Unterricht in den Schulen. Es geht um eine kluge und pragmatische Verkehrspolitik, die das Gegeneinander überwindet. In diesem Sofortprogramm geht es um eine exzellente und innovative Wissenschaftslandschaft. Es geht um Berlin als Kulturmetropole, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt und Menschen aus aller Welt anzieht. Es geht darum, dass wir in dieser Stadt mehr und schneller bauen – für alle Berlinerinnen und Berliner. Es geht um Berlin als attraktiven Arbeitgeber. Und es geht natürlich um eine funktionierende Verwaltung, die die Chancen der Digitalisierung nutzt und für die Berlinerinnen und Berliner da ist.

Mit dem Sofortprogramm wird die Arbeit des Senats in den ersten Monaten mit konkreten Projekten unterlegt. Das Sofortprogramm bündelt zentrale und zeitnah realisierbare Vorhaben, die von den Senatsverwaltungen eigenverantwortlich umgesetzt werden, inhaltliche Schwerpunkte der neuen Regierung adressieren und bis Anfang Oktober greifbare Ergebnisse vorweisen können. Entscheidend ist, dass alle Punkte dieses Programms nun Schritt für Schritt zügig umgesetzt werden.

Ein gemeinsamer Abschluss des Sofortprogramms soll im Rahmen einer eintägigen Arbeitssitzung des Senats im Oktober 2023 gezogen werden. Im Rahmen dieser Klausur wird der Senat darüber hinaus den weiteren Fahrplan für die zentralen Regierungsvorhaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik bis zum Ende der Legislaturperiode beschließen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Wir wollen Berlin zur Startup- und Gründungshauptstadt Europas machen. Deshalb initiieren wir ein umfassendes **Startup-Paket**. Wir werden den Innovationsstandort Berlin stärken und Gründungen erleichtern. Wir sorgen für einen verbesserten Zugang für Nicht-Akademikerinnen und -Akademiker zum Berliner Startup-Stipendium und erhöhen die Anzahl der Stipendien. Außerdem werden wir testweise ein Kontakt-Büro für kleine und mittlere Betriebe an einer Berliner Hochschule einrichten, um Forschung und Mittelstand noch besser zu vernetzen.

Die Berliner Wirtschaft hat ihre Krisenresilienz in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt; dennoch wirken Energiekrise und Corona-Pandemie bis heute nach. Aus diesem Grund entwickeln wir das Programm „**Neustart Berlin**“ weiter. Damit unterstützen wir die Bereiche, die besonders unter den Krisen der letzten Jahre zu leiden hatten: den Tourismus, die Gastronomie, die Hotellerie, den Einzelhandel und die Kreativwirtschaft.

Berlin braucht eine nachhaltige Energieversorgung. Deswegen sorgen wir für eine **Ausweitung des Förderprogramms „SolarPlus“**. Bislang wurde die Installation von Photovoltaik-Balkonanlagen nur in Mietwohnungen gefördert. Wir erweitern diesen Förderkreis um selbstgenutztes Wohneigentum und Kleingartenparzellen. Denn die Energiewende gelingt nur, wenn sie überall stattfindet.

Gleichstellung als Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftslandschaft - dafür steht der **Chancenfonds**. Wir wollen, dass mehr Frauen Unternehmen gründen. Daher bringen wir den GründerinnenBONUS von bis zu 10.000 Euro und das **Gründerinnenstipendium** an den Start.

Vernetzung ist die Grundlage für Erfolg in einer digitalen Welt. Wir führen die Berliner Gigabitstrategie fort, damit alle Berlinerinnen und Berliner bis 2028 einen Glasfaseranschluss haben. Zudem werden wir mit dem neuen **Gigabit-Monitor** einen Überblick geben können, wie weit der Netzausbau vorangeschritten ist. Zielvereinbarungen mit den Bezirken helfen dabei, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Senatsverwaltung für Finanzen

In Berlin arbeiten, für Berlin arbeiten: Wir entwickeln eine moderne Strategie zur **Personalentwicklung für das Land Berlin**. Vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation und demografischer Faktoren braucht es einen zukunftsfesten Plan, um Talente für die Berliner Verwaltung zu halten und zu gewinnen.

Die Energieversorgung Berlins muss klimaschonend, sicher und bezahlbar sein. Wir wollen mehr Einfluss auf die Energieversorgung nehmen und streben dabei den **Erwerb des Fernwärmenetzes** an – damit die Wärmewende gelingt und für alle Bürgerinnen und Bürger finanziell zu stemmen ist. Dabei setzen wir auf starke industrielle Partner, denn nur zusammen können wir die Wende schaffen.

Essenzielle Grundlage für unsere Arbeit ist der Haushaltsplan. Bis Juli 2023 beschließen wir den Entwurf für den **Doppelhaushalt** für die Jahre 2024/25 und bringen ihn ins Abgeordnetenhaus ein. Ein Novum für unsere Stadt stellt das **Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“** dar, für das wir zunächst ein Volumen von 5 Milliarden Euro einplanen. Den Gesetzentwurf für das Sondervermögen legen wir ebenfalls bis Juli 2023 vor.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Recht und Gesetz müssen in Berlin überall gelten und durchgesetzt werden. Deshalb brauchen wir eine **Modernisierung der Befugnisse von Polizei und bezirklichen Ordnungsämtern**. Bis September werden wir Eckpunkte und Gesetzentwürfe zur umfassenden Reform der entscheidenden gesetzlichen Grundlagen vorstellen. Damit ermöglichen wir den Einsatz moderner Sicherheitstechnik (Bodycams, Dashcams, Taser, Videoschutz), einen längeren Unterbindungsgewahrsam sowie eine rechtssichere Regelung für den finalen Rettungsschuss als Ultima Ratio.

Als eine Folge der Ausschreitungen der diesjährigen Silvesternacht fand im Januar 2023 der erste Gipfel gegen Jugendgewalt statt. Die in diesem Gipfel erarbeiteten **Maßnahmen gegen Jugendgewalt** werden wir schnellstmöglich umsetzen. Kern der Maßnahmen ist die Vorbeugung. Darum stärken wir Präventionsprojekte wie die Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalprävention, Workshops mit Berliner Feuerwehr und Rettungskräften sowie Projekte gegen Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Darüber hinaus wird die Berliner Polizei in diesem Jahr verstärkt mobile Technik zur Jugendpräventionsarbeit anschaffen und einsetzen.

Wir unterstützen die Einsatzkräfte auf vielfältige Weise. Dazu gehören auch tagtägliche Herausforderungen wie die Parkplatzsuche am Arbeitsplatz. Deswegen werden wir die gesetzlichen Grundlagen anpassen, um **Ausnahmegenehmigungen von der Parkraumbewirtschaftung für Schichtdienstleistende von Polizei und Feuerwehr** zu ermöglichen.

Berlin ist eine Sportmetropole und wird ein großartiger Gastgeber der Special Olympics World Games (SOWG) 2023 sein. Wir nutzen die Bühne der SOWG, um Berlin international als inklusive Sportstadt zu etablieren. Darüber hinaus stärken wir mit der **Durchführung und Implementierung des Nachhaltigkeitsprogramms Inklusion 2023** durch Maßnahmen wie „Sport im Park inklusiv“ oder das inklusive Sportfest der Berliner Gemeinschaftsschulen den inklusiven Charakter der Stadt. Damit sorgen wir für eine nachhaltige Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen über 2023 hinaus.

Um die Attraktivität der Berliner Bäder zu erhöhen, werden wir in den Service und die Qualität investieren. Mit Expresszugängen und einer Vereinfachung des Onlineshops sorgen wir für eine **Verbesserung des Services der Berliner Bäder-Betriebe**.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Wir gehen entschieden gegen Organisierte Kriminalität vor. Durch eine bessere Vernetzung zwischen den Senatsverwaltungen und Bezirken sorgen wir für eine **Stärkung der Rechtsdurchsetzung bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Clankriminalität**. In diesem Zusammenhang legen wir einen Schwerpunkt auf die Einziehung von Vermögenswerten, die durch Straftaten erworben wurden.

Um Straftaten besser verfolgen zu können, werden wir die Justiz personell verstärken. Mit der **Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft in den Jugend- und Intensivtäterabteilungen** werden wir der Jugendkriminalität dort Grenzen setzen, wo Präventionsmaßnahmen nicht wirksam sind. Zu diesem Zwecke stellen wir zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie zusätzliche Beschäftigte in den Geschäftsstellen ein.

Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher noch besser schützen. Dafür steht die Eröffnung eines zweiten Standorts der Verbraucherzentrale Berlin e.V. im Ostteil

von Berlin. Denn sie bedeutet **den Ausbau der stadtweiten Anlaufstellen für Verbraucherberatung** für alle Berlinerinnen und Berliner und eine generelle **Stärkung des Verbraucherschutzes** für die Stadt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Jedes Kind soll erfolgreich in die Schule starten können. Deshalb erarbeiten wir ein Konzept für ein **Kita-Chancenjahr**. Wir sorgen für die Grundlagen einer rechtzeitigen Sprachstandsfeststellung und prüfen die rechtlichen Voraussetzungen für eine verpflichtende Sprachförderung vor Schulbeginn. Wir unterstützen Kitas, Bildungseinrichtungen und Bezirke bei der Umsetzung.

Berlin braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer. Die Umsetzung der **Lehrerverbeamtung** ist dabei ein wichtiges Instrument. Wir gehen in die Umsetzung, planen die Verbeamtung für weitere Jahrgänge und prüfen zusätzliche Kompensationsmöglichkeiten.

Die **Beschleunigung von Schulbaumaßnahmen und des Kita-Ausbaus** haben für uns Priorität. Dafür erarbeiten wir einen detaillierten Zeit- und Maßnahmenplan zu sämtlichen Ausbaumaßnahmen für diese Wahlperiode.

Zur Entlastung von Lehrkräften planen wir eine **Änderung des Schulgesetzes**. Dies umfasst die Abschaffung der obligatorischen MSA-Prüfungen an Gymnasien, die Aufhebung einer generellen Mindestanzahl von Gremiensitzungen nach Schulgesetz und deren mögliche Durchführung als Videokonferenz.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Wir stärken den Berliner Wissenschaftsstandort. Zur besseren Vernetzung und Steuerung schließen wir mit den elf staatlichen Berliner Hochschulen und der Charité **Hochschulverträge** ab. Diese legen die Finanzierung und zentralen Ziele der Hochschulen für die kommenden fünf Jahre fest.

Berlins Hochschullandschaft zeigt eine außergewöhnliche Bandbreite und ist international hoch anerkannt. Auch die **Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)** sollen das **Promotionsrecht** erhalten. Eine Kommission erarbeitet dafür die rechtssichere Umsetzung.

Für die Sanierung und Kapazitätserweiterung des **Krankenhauses des Maßregelvollzugs** (KMV) werden wir den „Masterplan KMV 2024“ verabschieden. Dafür bringen wir kurzfristige Maßnahmen zum Abbau der derzeitigen Überbelastung und des Aufnahmedrucks auf den Weg und erschließen neue Immobilien.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst und das Fachpersonal ist schwer zu finden. Deshalb richten wir eine **Ombudsstelle für Auszubildende nach dem Pflegeberufegesetz** ein, die sich für die Belange der Pflegeauszubildenden in Konfliktfällen einsetzt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Berlin ist und bleibt ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen. In der **Task Force zur Unterbringung und Integration Geflüchteter** werden wir künftig Planungen und Prozesse koordinieren und beschleunigen, damit wir schneller zu nötigen Entscheidungen bei der Unterbringung und Versorgung kommen. Dafür entlasten wir das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und statten es mit mehr Personal aus. Zudem sollen eine Einigung mit den Bezirken zu gleichmäßiger Verteilung erzielt und stärkere Anreize zur Bereitstellung von Unterkünften geschaffen werden.

Junge Menschen brauchen eine Zukunftsperspektive. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Ausbildungslücke in Berlin zu schließen und gründen dafür ein **Bündnis für Ausbildung**. Bis April 2025 sollen 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen. Das Land Berlin bekennt sich zur **Istanbul Konvention**, die zum Ziel hat, Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu bekämpfen. Wir arbeiten zielgerichtet an deren Umsetzung. Hierfür entwickeln wir einen Landesaktionsplan, der vom Senat beschlossen und zeitnah realisiert werden soll.

Berlin ist die Stadt der Freiheit und Vielfalt. Wir besetzen die Stelle einer oder eines **Queer-Beauftragten** der Landesregierung Berlin für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Im Sommer 2023 soll die Ansprechperson ihre Arbeit aufnehmen.

Das Land Berlin übernimmt Verantwortung und tritt der **Stiftung Härtefallfonds** des Bundes bei. Damit werden die Auszahlungen aus dem Härtefallfonds mit 27 Millionen Euro unterstützt, die für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und zur Ost-West-Rentenüberleitung vorgesehen sind.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin ist eine **Kulturmetropole** und das wollen wir auch in diesem Jahr wieder zeigen. Mit vielen Veranstaltungen wie dem Kultursommer, der Initiative „DRAUSSENSTADT“ oder dem Open-Air-Pilot TXL-Frachtkantine sollen in Berlin viele Menschen am vielfältigen Kulturleben teilhaben können.

Bibliotheken sind wichtige Kultur- und Bildungsorte in unserer Stadt. In Berlin haben wir 65 Standorte in den Bezirken und dazu die Zentral- und Landesbibliothek. Sie ermöglichen Kulturarbeit nah am eigenen Zuhause. Deshalb werden wir Bibliotheken stärken - mit einem eigenen Berliner **Bibliotheksgesetz**.

Berlin ist die Stadt des Ehrenamts - das wollen wir weiter stärken und professionalisieren. Dazu bauen wir eine **Koordinierungsstelle für das Landesnetzwerk Bürgerengagement** auf und fördern eine jährlich stattfindende Konferenz zum Thema Engagement.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Berlin ist eine Stadt, die für alle da sein soll - egal ob sie zu Fuß, mit Bus und Bahn, mit dem Fahrrad oder Auto unterwegs sind. Mit dem Blick für sie alle wollen wir den Verkehr gestalten. Hierfür novellieren wir das **Mobilitätsgesetz** besonders im Hinblick auf den Wirtschaftsverkehr, innovationsfördernde Rahmenbedingungen und Open Data. Darüber hinaus stoßen wir für die Zukunft der **Friedrichstraße** und die angrenzenden Bereiche ein Masterplanverfahren unter öffentlicher Beteiligung an, um eine überzeugende Gesamtplanung zu erarbeiten.

Wir wollen günstigen Nahverkehr für alle Berlinerinnen und Berliner ermöglichen. Deshalb klären wir die Möglichkeiten, ein **29-Euro-Ticket** unter dem Dach des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg einzuführen.

Wir wollen Berlin unabhängig von fossilen Energieträgern machen und frühestmöglich und deutlich vor den bundespolitisch gesetzten Zielen klimaneutral werden. Dafür erproben wir die Nutzung von Erdwärme durch **tiefe Geothermie**. Sie stellt einen wichtigen Baustein für unser Vorhaben dar. Noch diesen Sommer werden wir die Pilotstandorte bekannt geben.

Wir wollen Berlin ein sauberes Berlin, mit weniger Abfall. Aus diesem Grund gründen wir die **Zero-Waste-Agentur**. Angesiedelt bei der BSR wird die neue Agentur innovative Strategien entwickeln, um die Menge des städtischen Abfalls dauerhaft zu verringern und den Ressourcenschutz zu stärken. Die Agentur wird bereits diesen Sommer ihre Arbeit aufnehmen.

Wir wollen die **Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger** erhöhen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Schrittweise sollen Ampeln mit Countdown-Anzeigen versehen und vermehrt temporäre Fußgängerüberwege in allen Bezirken geschaffen werden. Wir unterstützen die Bezirke bei diesem Vorhaben und klären ebenfalls die erforderlichen Bestimmungen zur Modernisierung der Ampeln.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Berlin ist Stadt der Mieterinnen und Mieter. Aus diesem Grund **verlängern** wir die **Kündigungsschutzklausel-Verordnung** für weitere zehn Jahre. Werden Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt, sind die Bewohnerinnen und Bewohner so weiterhin besonders geschützt.

Berlin muss auch für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar bleiben. Dafür schreiben wir die **Wohnungsbauförderungsbestimmungen (WFB) 2023** fort. Wir verpflichten uns, jährlich 5.000 neue Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen.

Berlin wächst und somit wächst auch der Bedarf an Wohnraum. In **Buch - Am Sandhaus** schaffen wir ein neues Stadtquartier mit großem Wohnbaupotenzial und sozialer Infrastruktur. Dabei bauen wir zukunftsorientiert: flächensparend und ökologisch, in einer autoarmen Umgebung.

Wir möchten schnell neue Wohnungen errichten und lange Planungsprozesse vermeiden - und gleichzeitig ressourcensparend und klimaschonend bauen. Dies

erfordert eine **Novellierung der Bauordnung**. Zusätzlich werden wir das **Schneller-Bauen-Gesetz** erarbeiten. Dadurch werden u.a. der Dachraumbau sowie Aufstockungen erleichtert und Planungsverfahren beschleunigt und vereinfacht. Wir werden uns eng mit anderen Behörden und den Bezirken austauschen, damit Denkmalschutz, Natur- und Artenschutz gut abgestimmt sind und Projekte schnell umgesetzt werden.

Senatskanzlei

Wir werden in enger Zusammenarbeit mit Brandenburg – unter maßgeblicher Berücksichtigung der Hinweise der Rechnungshöfe und unter Einbindung der parlamentarischen Gremien – zügig die Novellierung des **rbb-Staatsvertrags** abstimmen. Schwerpunkte dabei sind insbesondere die Themen der **Transparenz** und **Kontrolle** beim rbb. Zudem **stärken** wir die **Gremienaufsicht** und passen die Vergütungsstrukturen an.

Berlin ist Anlaufpunkt für Filmschaffende aus der ganzen Welt und begehrte Kulisse zahlreicher Produktionen. Wir schaffen eine zentrale Anlaufstelle für **Drehgenehmigungen**. Damit gelingt es uns, Verfahren zu optimieren und die Genehmigungsbehörden in ihrer Arbeit zu unterstützen. Zudem werden wir Filmschaffende beraten, sodass Berlin in Zukunft weiterhin eine Weltbühne für Film und Fernsehen ist.

Berlin ist eine Weltmetropole mit Partnerstädten auf der ganzen Erde. Dieses Netzwerk möchten wir weiter ausbauen und den Austausch intensivieren. So streben wir eine **Städtepartnerschaft** mit **Tel Aviv** an und werden mit der israelischen Metropole die gesellschaftliche Zusammenarbeit intensivieren. Unsere Solidarität gilt der Ukraine. Wir planen, unsere engen Beziehungen zu **Kyiv** noch weiter zu intensivieren und ebenfalls in eine Städtepartnerschaft zu überführen.

Berlin ist Teil der europäischen Gemeinschaft im Herzen Europas. Wir möchten die **EU-Förderprogramme** in unserer Stadt **besser nutzen**. Wir bündeln die Beantragung, Abrechnung und Abwicklung von EU-geförderten Projekten, um die Fachebenen zu entlasten. So finden auch kleinere Projektträger einen leichteren Zugang zu Förderungen und die EU-Förderprogramme werden besser und effektiver genutzt. Davon profitiert die ganze Stadt. Zudem setzen wir uns auch für die Berliner Interessen in Diskussionen über EU-Strukturfonds in Brüssel ein, um ein hohes Fördervolumen zu sichern.

Klare Zuständigkeiten und schnelles Verwaltungshandeln ist unser Ziel. Für die **Reform der Berliner Verwaltung** beschließen wir noch vor der Sommerpause das Eckpunktepapier zur Verwaltungsreform im Senat. Damit legen wir die Grundlage für einheitliche Dienstleistungen und vereinfachte Verfahren in ganz Berlin.

Das Projekt **14-Tage-Ziel** in den **Bürgerämtern** steht vor dem Abschluss. Wir stellen zusätzliches Personal ein und werden weitere Standorte eröffnen. Zusätzlich werden wir immer mehr **digitale Bürgerdienstleistungen** anbieten können. Dadurch entfallen Behördengänge und Anträge können schneller bearbeitet werden. Dies ist eine spürbare Erleichterung für die Berlinerinnen und Berliner, aber auch für das Verwaltungspersonal.

Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Für die gesamtstädtische Steuerung der Digitalpolitik richten wir ein **„Digitalkabinett“** ein. Dieses bringt durch ressortübergreifende Abstimmungen und die Realisierung von Querschnittsaufgaben die Berliner Verwaltung bei der Digitalisierung schnell voran.



Presse- und Informationsamt
des Landes Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Tel. (030) 90 26-24 11
presse-information@
senatskanzlei.berlin.de
berlin.de/senatskanzlei